

**Rede von  
Manfred Lehmann, Vorsitzender  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Nordrhein-Westfalen**

**anlässlich des 15. Landesverbandstag der DSTG NRW  
am 26.11.2008 in Dortmund**

Es gilt das gesprochene Wort:

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Gäste

ich begrüße Sie ganz herzlich zur öffentlichen Veranstaltung des 15. Landesverbandstages der DSTG in NRW. Ich freue mich, dass Sie zu uns in die Westfalenhalle gekommen sind und bin sicher, dass wir interessante Stunden vor uns haben.

Mehr als 120 Gäste haben heute den Weg nach Dortmund zu den über 230 Delegierten aus 144 Ortsverbänden gefunden. Ich bitte Sie, die Namen unserer Gäste im Einzelnen der ausliegenden Liste zu entnehmen. Mit Ihrem Interesse an unserer öffentlichen Veranstaltung dokumentieren Sie Ihre Wertschätzung für unsere DSTG. Dafür darf ich mich ganz besonders bedanken.

## **Begrüßung**

Einige unserer Gäste und Redner möchte ich ganz besonders begrüßen.

Die DSTG arbeitet im Landtag NRW eng mit allen **politischen Parteien** zusammen. In vielfältigen Gespräche und Diskussionen versuchen wir, die Interessen der Beschäftigten in der Finanzverwaltung zu verdeutlichen und damit politische Entscheidungen zu begleiten. Wer die Entscheidungen der letzten Jahre beobachtet hat weiß: Dies gelingt mal mehr und mal weniger gut. Ganz wichtig ist uns dabei aber ein offenes Gesprächsklima, das wir bei unseren Gesprächspartnern immer vorgefunden haben. Dafür dürfen wir uns bedanken.

Ich begrüße bei uns die haushaltpolitischen Sprecher der Fraktionen im Landtag NRW

- für die FDP die Vizepräsidentin des Landtages, **Angela Freimuth**
- von der CDU-Fraktion den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Christian Weisbrich**,
- von der SPD die stellv. Fraktionsvorsitzende **Gisela Walsken** mit ihrem Fraktionskollegen und unserem Mitglied **Hans-Theo Peschkes**
- von Bündnis 90/ Die Grünen den Abgeordneten **Ewald Groth**.

Selbstverständlich hätten wir an dieser Stelle gerne einen Vertreter der **Stadt Dortmund** begrüßt. Aber leider glänzt unsere gastgebende Stadt zum wiederholten Male bei einer Großveranstaltung der DSTG NRW durch Abwesenheit. Und das obwohl die DSTG mit 5 Ortsverbänden und mehr als 900 Mitgliedern in dieser Stadt vertreten ist.

An dieser Stelle muss ich leider eine Entschuldigung mitteilen. Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** ist heute verhindert. Er ist gemeinsam mit Ministerpräsident Rüttgers in Berlin, um dort das weitere Vorgehen der Länder zu koordinieren, die über eine eigene Landesbank verfügen. Es wird ihm leider nicht gelingen, bei unserer Veranstaltung dabei zu sein. Er hat sich bereits vorab bei der Landesleitung persönlich entschuldigt. Insoweit darf sich die DSTG-NRW heute als unmittelbares Opfer der Bankenkrise verstehen.

Um so mehr freuen wir uns, dass in seiner Vertretung Frau Staatssekretärin **Angelika Marienfeld** bei uns ist. Sie wird mit ihrer Rede sicherlich die Positionen der Landesregierung und des Finanzministeriums verdeutlichen. Frau Marienfeld, ich begrüße Sie ganz herzlich.

Selbstverständlich hat es sich auch unsere **Finanzverwaltung** nicht nehmen lassen, mit wichtigen Vertretern an dieser öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen. Ob auf der Ebene der Personalvertretung oder im unmittelbaren Dialog: Die DSTG hat in dieser Verwaltung auf allen Ebenen eine Vielzahl von Ansprechpartnern, mit denen sich die anstehenden Probleme offen und lösungsorientiert diskutieren lassen. Das diese Gespräche nicht immer von einer einheitlichen Meinung geprägt sein können versteht sich von selbst.

Aus dem Finanzministerium begrüße ich die Abteilungsleiter **Axel Spieß** und **Werner Brommund** sowie der Personalgruppenleiterin **Claudia Busshoff-Schul**. Herzlich willkommen.

Die Oberfinanzdirektionen werden durch die Oberfinanzpräsidenten, die Herrn **Hans-Georg Grigat** und **Ullrich Müting** vertreten. Begleitet werden sie von ihren Finanzpräsidenten und Personalreferenten. Schön, dass Sie heute hier sind.

Wir freuen uns auch darüber, dass heute mehr als 40 Vorsteherinnen und Vorsteher unter uns sind. Stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen begrüße ich die Vorsteher der gastgebenden Stadt Dortmund, die Herren

**Jürgen Hennemann,**  
**Bernd Michel,**  
**Wolfgang Overthun**  
**Rolf Schirmbeck**  
und **Ulrich Loermann.**

Die DSTG arbeitet als Interessenvertretung auch mit einer ganzen Reihe weiterer Verwaltungen zusammen. Schön, dass auch deren Direktoren und Leiter heute bei uns sind. Ich begrüße

für das Landesamt für Personalmanagement **Rainhard Buschkamp**  
für die Fachhochschule für Finanzen **Franz-Josef Flacke**  
für die Fortbildungsakademie der FinVerw NRW **Arno Bendels**  
für das Rechnungsprüfungsamt für Steuern **Erhard Rademacher**

Über unsere Fachgruppe „Finanzgerichte“ organisiert die DSTG NRW auch die Beschäftigten im nichtrichterlichen Dienst der Finanzgerichte. Die Finanzgerichtsbarkeit wird heute vertreten durch die Präsidenten der Finanzgerichte Düsseldorf und Münster, die Herrn **Helmut Plücker** und Wilhelm Markert (Vizepräsident).

Aber auch eine große Zahl gewerkschaftlicher Freunde sind heute hier bei uns. Die Schar wird angeführt vom Bundesvorsitzenden der DSTG, **Dieter Ondracek**. Er wird begleitet von meinen Mitstreitern in der Aufgabe des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, die Kollegen **Anne Schauer**, **Thomas Eigenthaler** und unsere westfälischen Freund und Tarifvertreter, **Helmut Overbeck**.

Ein Heimspiel hier in Dortmund hat auch die Bundesfrauenvertreterin der DSTG, **Andrea Sauer-Schnieber**. Daneben sind eine Vielzahl von Landesvorsitzenden aus der DSTG sowie viele Freunde aus den DBB-Mitgliedsgewerkschaften bei uns. Schön das ihr da seit.

Stellvertretend für den DBB begrüße ich den Landesvorsitzenden des DBB-NRW, **Ralf Eisenhöfer** und seinen Stellvertreter Wolfgang Römer. Bei uns sind auch weitere Vorsitzende von DBB-Mitgliedsgewerkschaften, in NRW, so

**Brigitte Bahlbach** vom Realschullehrerverband und **Udo Beckmann** vom Verband Bildung und Erziehung.

Als DSTG-Ehrenmitglied ist bei uns: Unseren Freund **Achim Rothe**

Bei uns sind auch das Ehrenmitglied des Deutschen Beamtenbundes und – natürlich- Mitglied der DSTG, **Werner Hagedorn**. Die Reihe der ehemaligen DSTG-Landesvorsitzenden wird angeführt vom Ehrenmitglied der DSTG-NRW, **Werner Siggelkow**.

In den Vorräumen unserer Tagungsstätte hatten Sie sicherlich Gelegenheit, sich über die Angebote unserer Kooperationspartner zu informieren. Stellvertretend begrüße ich den Geschäftsführer des Deutschland- und Europapolitischen Bildungswerkes **Klaus Raape**. Vielen Dank an sie alle für Ihre Unterstützung und ihre Info-Stände zu dieser Veranstaltung.

Wie immer zum Schluss, aber nicht weniger herzlich begrüße ich die Delegierten des 15. Landesverbandstages der DSTG NRW. Ihr habt heute morgen schon einen guten Teil der Arbeit getan, jetzt in der öffentlichen Veranstaltung geht es um die politischen Themen.

Schön dass Sie alle bei uns sind, ich bin sicher, wir werden viele interessante Themen ansprechen.

## **Einleitung**

Der 15. Landesverbandstag der DSTG-NRW steht unter dem Motto „Starke Finanzverwaltung – für die Bürger, für das Land“. Damit macht die DSTG klar, dass die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung kein Selbstzweck ist, sondern unmittelbar den Bürgern und den Menschen dieses Landes dient.

Sie ist die einzige Einnahmeverwaltung des Landes und macht mit den erzielten Einnahmen politisches Handeln erst möglich.

## **Personaleinsparungen**

Leider drückte sich diese besondere Position in der Vergangenheit nicht in einer politischen Wertschätzung aus. Offensichtlich waren die vergangenen Jahre von dem Eindruck geprägt, insbesondere die Finanzverwaltung sei geeignet, die personellen Sparziele des Landes zu verwirklichen.

Seit den Landtagswahlen 2005 wurden in NRW 2553 Stellen eingespart. Davon haben wir allein 931 Stellen, das waren rund 1200 Köpfe, im Rahmen der Sonderaktion des Landes zum Jahresende 2007 geopfert. Damit ist die Finanzverwaltung NRW einer der umfangreichsten „Stellensparer“ im Landeshaushalt, ein zweifelhafter Spitzenplatz.

Damit ist die Finanzverwaltung auch gleichzeitig einer der größten Arbeitsplatzvernichter des Landes. Man möge sich den Skandal und die öffentliche Reaktion vorstellen, wenn in der Wirtschaft eine solcher Arbeitsplatzabbau bekannt würde. Menschenketten, Demonstrationen und Solidaritätsadressen, ein dramaturgisch aufbereiteter Besuch des Ministerpräsidenten, pressewirksame Erklärungen aller Parteien wären die Folge.

Nichts von alledem in der Finanzverwaltung. Im Gegenteil: die Opposition fragte im Landtag auch noch nach, warum denn der Stellenabbau im Lande NRW nicht noch schneller gehe. Ganz offensichtlich wird der Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Bereich anders bewertet, als in der Privatwirtschaft. Während beim einen applaudiert wird, rufen die gleichen Köpfe beim anderen nach Subventionen und Zuschüssen aus Steuergeldern.

Eine zweifelhafter Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Während die Gesetzgebungsmaschinerie auf Hochtouren läuft, während die Bekämpfung der Steuerkriminalität neue Höhepunkte erreicht, während die Staatseinnahmen rasant ansteigen und damit „Steuergestaltungsmöglichkeiten“ Hochkonjunktur haben, genau in dieser Zeit ist die Finanzverwaltung NRW personell so schlecht aufgestellt wie selten zuvor. Genau in dieser Zeit sind die Ämter zu umfassenden Neuorganisationen gezwungen, um damit die Löcher zu stopfen, die der Personalabbau gerissen hat.

Niemand soll glauben, dass der Abgang von über 1200 Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung folgenlos geblieben ist. In den Ämtern haben die Kolleginnen und Kollegen unter einer nicht mehr hinzunehmenden Arbeitsverdichtung zu leiden. Risikomanagement verkommt vor diesem Hintergrund schnell vom strukturierenden Arbeitselement zum letzten Rettungsanker einer überlasteten Verwaltung. Damit ist der Erfolg jahrelanger Aufbauarbeit bedroht, ohne das davon zurzeit nennenswert Notiz genommen würde.

Insgesamt bedeutet der Abgang von 2553 Stellen in nur 4 Jahren die Auflösung von 10 Finanzämtern mittlerer Größe. Eine atemberaubende Zahl wenn man bedenkt, dass die Beschäftigten der Finanzverwaltung – egal ob im Innen- oder Außendienst – für die Sicherung der Steuereinnahmen antreten und Mehregebnisse weit über die eigenen Kosten hinaus garantieren.

Auf die Gefahr hin, dass man es im Landtag NRW nicht mehr hören kann: Die Sicherung der Einnahmen des Landes, die Gewährleistung einer weitgehend „gerechten“ Steuerfestsetzung kann nur garantiert werden, wenn genügend Personal bereitgestellt wird. Der Personalabbau der letzten Jahre war der falsche Weg zur Haushaltssanierung; er ist gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, er schadet dem Staatshaushalt NRWs mindestens genauso wie die unverantwortliche Anlagen-Zockerei der West-LB.

## **Anträge SPD und CDU**

Aber vielleicht bringt uns die Zukunft ja Besserung.

Im Mai 2007 hat die SPD-Landtagsfraktion ihren Antrag „Initiative Finanzverwaltung“ auf den Weg gebracht. Im Mai 2008 legten CDU und FDP unter der Überschrift „Stabile Finanzen und gut aufgestellte Finanzverwaltung – zwei Seiten einer Medaille“ ihren Antrag mit Vorstellungen zur Zukunft der Finanzverwaltung vor.

Zunächst ist festzuhalten, dass beide Anträge zu einer Vielzahl von Beratungen über den Ist-Zustand und die Zukunft der Finanzämter geführt haben. **Das ist gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, den nur wenn man über unsere Verwaltung spricht besteht Hoffnung, dass Versäumnisse der Vergangenheit zu Chancen in der Zukunft führen.** Auch wenn man über die Wege oder einzelne Punkte dieser Anträge

streiten kann: Der Landtag und seine Fraktionen sind damit auf dem richtigen Weg.

Für die DSTG darf ich unsere Unterstützung anbieten wenn in den kommenden Wochen eine Zusammenfassung der beiden Anträge vorbereitet wird. Es darf nicht an Kleinigkeiten oder parteipolitischem Hickhack scheitern, die Zukunft der Finanzverwaltung offensiv auf den richtigen Weg zu bringen.

Eine starke Verwaltung ist gut für den Bürger und gut für das Land – dies sollte die richtige Motivation sein, einen gemeinsamen Antrag im Landtag NRW einheitlich zu verabschieden.

## **Einstellungen**

Schon jetzt gibt es erste Erfolge dieser Bemühungen: Im Haushaltsjahr 2009 wird es mit insgesamt 640 Einstellungen in allen Laufbahnen gelingen, zumindest einen Teil der benötigten Arbeitskräfte der Zukunft auszubilden. Und mit der Möglichkeit, bereits ab September 2008 Einstellungszusagen machen zu können, beteiligen sich die Finanzämter auch wieder am Wettbewerb der Arbeitgeber um die besten Schulabgänger.

In den kommenden Jahren werden allerdings diese Einstellungsquoten nicht ausreichen, um die Finanzverwaltung auf Dauer funktions- und leistungsfähig zu erhalten. Ab 2012 ist mit erheblichen Personalabgängen zu rechnen. In diesen Jahren gehen die großen Einstellungsjahrgänge aus den 70er Jahren in den Ruhestand und hinterlassen erhebliche Lücken in den Reihen der Beschäftigten. Diese Abgänge erfolgen in einer Zeit, in der es deutlich weniger Bewerber für eine Ausbildung geben wird als heute.

Dieser Entwicklung müssen wir durch ausreichende Einstellungen schon ab dem kommenden Jahr und ein attraktives Gesamtbild unseres Berufes entgegentreten. Dazu gehören neben der Ausbildungsqualität auch eine aufgabengerechte Bezahlung und gute berufliche Perspektiven.

Jetzt ist die richtige Zeit, daher fordern wir ab sofort eine deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen, um auch in Zukunft eine starke Verwaltung bleiben zu können.

## Besoldungsrunde

Zu den notwendigen Perspektiven gehört auch eine angemessene Entwicklung der Besoldung und Vergütung für alle Beschäftigten.

Wir stehen kurz vor der Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2009. Durch die Zusagen des Ministerpräsidenten in Köln im Januar diesen Jahres hat sich die Landesregierung festgelegt, den Tarifabschluss dieser Verhandlungen zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Landes NRW zu übertragen. Damit wird diese Tarifrunde gleichzeitig auch eine Besoldungsrunde. Dies wird sicherlich maßgeblichen Einfluss auf die Entschlossenheit haben, mit der sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer und Beamte diese Verhandlungen begleiten.

Für die Beschäftigten liegen die Fakten klar auf dem Tisch: Nach vierjähriger Null-Runde und einer mageren Verbesserung von 2,9 % in 2008 besteht im öffentlichen Dienst ein deutlicher Nachholbedarf. Das Urlaubsgeld ist weggefallen, die Arbeitszeit wurde verlängert und bei den Beamtinnen und Beamten des Landes wurde das Weihnachtsgeld gleich zweimal gekürzt.

Während in der Wirtschaft in der gleichen Zeit lineare Verbesserungen von mehr als 15 % gezahlt werden, ist die Zeit der Hochkonjunktur am öffentlichen Dienst spurlos, nein sogar mit Reallohnverlusten vorüber gegangen.

Während die Steuereinnahmen sprudelten, Unternehmereinkommen neue Höchstwerte erklommen und die Inflation auf 3 % und mehr stieg, wurden die Beschäftigten des Landes zu haushaltspolitischen Sparschweinen degradiert.

Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, wenn Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten von einem Aufschwung sprechen, der bei allen ankommen soll, und dabei die eigenen Beschäftigten komplett vergessen. Wer soll denn die Sprüche vom sozialen NRW noch glauben, wenn eine große Berufsgruppe – nur weil sie kein Streikrecht hat - schlicht und einfach von der Einkommensentwicklung abgekoppelt wird? Müssen denn die Beamtinnen und Beamten des Landes tatsächlich immer wieder auf dem Klageweg beweisen, dass ihr Arbeitgeber mit seiner Besoldungspolitik gegen die Verfassung verstößt?

In der kommenden Tarif- und Besoldungsrunde wird es trotz der Finanzkrise darum gehen, die Benachteiligungen der letzten Jahre zumindest teilweise auszugleichen. Auch gilt es, über den Inflationsausgleich hinaus eine deutliche Verbesserung der Einkommen zu erreichen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Beamtinnen und Beamten in NRW jährlich mit ca. 2 Milliarden Einsparungen maßgeblichen Anteil an der laufenden Haushaltskonsolidierung tragen. Niemand hat sich im Lande NRW mehr an dieser Gemeinschaftsaufgabe beteiligt als der öffentliche Dienst.

Im Vorfeld der Forderungsfindung des Deutschen Beamtenbundes, die am 8.12.2008 in Berlin diskutiert wird, bringt sich die DSTG NRW mit eigenen Vorstellungen ein. Ein Sockelbetrag von 100,-- € und eine lineare Steigerung von 8 % sind nach unserer Meinung eine angemessene Forderung, um auch die Beschäftigten des Landes wieder an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu beteiligen.

## **Sonderzahlung 2008**

Auch in 2008 sind noch viele Wünsche zur Besoldung offen geblieben sind. So wurde, wie eben dargestellt, das Weihnachtsgeld in 2005 auf 30 % gekürzt. Zur Begründung wurde auf die äußerst angespannt Haushaltslage und die höchste Neuverschuldung aller Zeiten verwiesen. Die Beamten, so die Landesregierung, müssten Verständnis dafür haben, das im Rahmen der Generationengerechtigkeit die eingesparten ca. 150 Mio. € unverzichtbar seien.

Offen gesagt, das Verständnis hatten die Mitglieder der DSTG nicht. Schließlich war dies nicht das erste Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten für einen chronisch klammen Staatshaushalt. Aber wenn doch irgendjemand diesen Argumenten folgen konnte, so ist damit spätestens im Jahre 2008 Schluss. In diesem Jahr hat NRW nicht nur die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Es hat auch im Laufe des Jahres 743 Mio. € Steuermehreinnahmen, als zu Jahresbeginn bereits erwartet. In gleich zwei Nachtragshaushalten musste dieses Geld gesichert werden. Wer aber geglaubt hat, dass spätestens mit diesen unerwarteten Mehreinnahmen das Weihnachtsgeld wieder aufgestockt würde, sah sich getäuscht:

Die nächste Krise musste bewältigt werden. Das Geld wurde mit über 500 Mio. € für die Risikoabschirmung der WestLB-Pleite eingesetzt. Wei-

tere 185 Mio. € werden zurückgestellt, um die eventuell anfallende Beteiligung NRWs an der Bankensanierung vorzufinanzieren. Ob und in welchem Umfang eine tatsächliche Inanspruchnahme aus diesen Bürgschaften erfolgt, ist allerdings unklar.

Dennoch ist auch in dieser Lage wieder kein Geld für die Beschäftigten dieses Landes da, um verordnetes Unrecht zu korrigieren. Auf der Strecke bleiben wieder einmal diejenigen, die diese Erträge und Überschüsse erst möglich gemacht haben. Auf der Strecke bleibt damit auch ein letzter Rest Glaubwürdigkeit der Landesregierung in Besoldungsfragen.

## **Beförderungssituation allgemein**

Während im Bereich der Besoldung eine Fülle von Versäumnissen der Vergangenheit das schlechte Bild des Landes NRW prägen, ist dies beim Blick auf die Beförderungslage differenzierter zu sehen.

So ist zunächst lobend festzuhalten, dass im Land NRW alle Beförderungsmöglichkeiten, die sich aus den entsprechenden Vorschriften ergeben, umgehend genutzt werden. Daran haben viele Bereiche im Ministerium und den OFDen ihren Anteil. Dafür sei an dieser Stelle ganz herzlichen Dank gesagt; wir wissen, dass dies nicht selbstverständlich ist.

Und trotzdem gibt es ganz erhebliche Probleme. Aufgrund der schleppenden Beförderungen der letzten Jahre haben sich in allen Laufbahnen lange Beförderungsstaus gebildet. Überall kam es daher im Herbst 2008 zu erheblichen Problemen bei der Beurteilung. Da noch reichlich zur Beförderung geeignete Beschäftigte auf den Listen standen, also nicht befördert worden waren, blieb bei den neuen Beurteilungen zu wenig Raum, um die nachdrängenden Leistungsträger angemessen zu beurteilen.

Sowohl im gehobenen wie im mittleren Dienst ist deutlich spürbarer Unmut und Demotivation die Folge.

## **Nachschlüsselung / Beförderungssituation mittlerer Dienst**

Ganz besonders schwierig ist die Situation im Spitzenamt des mittleren Dienstes. Bei der Beförderung von A 9 nach A9 Z ist es heute selbst mit zweimalige Spitzennote, also zweimal „hervorragend“ nicht möglich, tatsächlich auch entsprechend befördert zu werden. Wenn aber selbst die Besten der Besten für ihre Leistung nicht belohnt werden können, welchen fatalen Folgerungen muss dies für die gesamte Laufbahn haben?

Diese Situation ist nicht hinnehmbar, hier sind alle Beteiligten in Politik und Verwaltung gefordert, die Leistungsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen auch angemessen zu honorieren. Es reicht nicht, mit Sprüchen wie „Leistung soll sich lohnen“ eine leistungsorientierte Bezahlung zu fordern. Zuerst müssen die vorhandenen Möglichkeiten zur Motivation und zur „Belohnung“ von Top-Leistungen ausgenützt werden, bevor man nach einem Systemwechsel ruft. Hier sind die Parteien im Landtag gefordert, ihren in den Anträgen dokumentierten Bekenntnissen zur Finanzverwaltung nun auch Taten und Beschlüsse folgen zu lassen.

Einen Schritt in die richtige Richtung stellen dabei die Beförderungsmöglichkeiten dar, die sich aus der Nachschlüsselung der PEM-Abgänge mit dem Haushalt 2009 ergeben. Unser Dank gilt dem Finanzminister, der auf unser Drängen hin die Freigabe dieser Stellen entschieden hat. Allerdings ist bei genauerem Hinsehen festzustellen, dass diese Perspektiven primär den gehobenen Dienst betreffen. Dies ergibt sich folgerichtig aus der Struktur der Personalabgänge Ende 2007.

Dennoch: Gerade da, wo neue Perspektiven unverzichtbar sind, wo der Beförderungsstau am auffälligsten ist, nämlich beim mittleren Dienst, da greifen die Nachschlüsselungen nur unzureichend. Deshalb sind zusätzliche Bemühungen erforderlich. Wie und auf welchem Weg dies zu schaffen ist, darüber müssen wir unverzüglich diskutieren und verhandeln. Viel Zeit ist nicht mehr, bis der Frust unserer Kolleginnen und Kollegen unmittelbar auf die Einsatzbereitschaft durchschlägt.

## **Haushalt 2009 als Risiko**

Und eine neue Gefahr zeichnet sich für die genannten Beförderungsmöglichkeiten ab. Die Beförderungen sollen erst möglich sein, wenn der Haushalt 2009 verabschiedet ist. Dies wird sich aber durch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung und seine Auswirkungen auf den

Landeshaushalt augenscheinlich verzögern. Damit wären die ersten dieser Beförderungen nicht zum Jahresbeginn, sondern erst mit der Verabschiedung des Haushaltes im Februar oder gar März möglich.

Die DSTG hält dies für unverantwortlich. Mit diesen Chancen werden Leistungsträger der Verwaltung belohnt, die schon viel zu lange warten mussten. Jetzt müssen alle Mittel und Wege geprüft werden, um weitere Verzögerungen zu vermeiden. Ist denn eine Verabschiedung des Haushaltes 2009 wirklich Voraussetzung dieser Beförderungen? Kann eventuell der Haushalts- und Finanzausschuss eine Vorgriffsregelung beschließen? Die DSTG wird sehr kurzfristig Kontakt zu allen Verantwortlichen aufnehmen, um hier gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet die Leistungsträger der Finanzverwaltung unter einem Konjunkturprogramm der Bundesregierung zu leiden haben.

## Wiederbesetzungssperre

Eine weitere Chance für eine leistungsgerechte Bezahlung bietet die Aufhebung der so genannten Wiederbesetzungssperre.

Seit vielen Jahren werden bei uns Beförderungsstellen erst 18 Monate nach dem frei werden wieder besetzt. Dieses Sparmaßnahme wurde mit Einführung der Personalkostenbudgetierung gesetzlich aufgehoben. Trotzdem wird weiter danach verfahren. Mit Hinweis auf ein viel zu knappes Budget gibt es für die Stellenverantwortlichen in den Ministerien anscheinend keine Spielräume, diese Sperre aufzuheben.

Für die DSTG ist es nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet die Herauszögerung einiger Beförderungen das richtige Mittel sein soll, die Staatsfinanzen NRWs zu sanieren. Wir reden hier von einem Betrag, der maximal 2 Mio. € pro Jahr ausmacht. Mit ihren zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten könnte diese Summe aber wieder eine ganze Menge zur Motivation beitragen.

Angesichts des geringen Betrages und der dafür immensen Auswirkungen auf das Besoldungsgefüge fordert die DSTG hier die notwendige Flexibilität der Verantwortlichen ein. Wir haben hier ja nicht einmal ein politisches Problem, sondern lediglich ein zu knapp bemessenes Budget. Mit einigem guten Willen muss sich hier etwas machen lassen. Jetzt sind Finanzminister und Finanzverwaltung gefordert, ein kreatives Konzept zu entwickeln.

## Mitarbeiterorientierung

Damit sind wir bei den internen Fragen der Finanzverwaltung. Und auch hier werden die Probleme immer wieder von der Frage des fehlenden Geldes geprägt.

Gut ist, wie in dieser Verwaltung in den letzten Jahren mit den Interessen der Mitarbeiterorientierung umgegangen wurde. Wir haben eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung, deren Ergebnisse in begleitenden Seminaren ausgewertet werden. Die Umsetzung der Anregungen und Ideen erfolgt vor Ort in dezentraler Verantwortung und baut auf die Erfahrungen und das Engagement der Beschäftigten auf. Ein Gesundheitsmanagement befindet sich im Aufbau und wird in alle Ämter und Behörden hinein die Situation analysieren und weitere Initiativen vorbereiten.

Die Folgen sind nicht zuletzt in den Mitarbeiterbefragungen ablesbar. Die Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt und verantwortet werden, werden allgemein als schlecht bis katastrophal bewertet. Da, wo Kollegialität und Teamgeist gefordert sind, liegen nach Meinung der Beschäftigten die Stärken der Arbeit im und fürs Finanzamt.

Daran lässt sich festmachen, dass immer dann, wenn es kein Geld kostet, pfiffige Ideen und ein gesunder Mannschaftsgeist für gute Bedingungen sorgen können. Aber manchmal geht es halt nicht ohne Geld. Ob Arbeits- oder Gesundheitsschutz, ob fachkundige Begleitung oder die Einbindung externen Sachverständigen: Immer wieder kommt man ohne Geld nicht weiter. Hier sind die bisher bereit gestellten Mittel von zusammen ca. 250.000,-- € einfach zu wenig, um diese lebendigen Initiativen zu unterstützen. Manchmal hat man den Eindruck, dass nicht einmal der Versuch unternommen wird, finanzielle Unterstützung zu bekommen. Bleiben wir als Beispiel beim Gesundheitsmanagement: Gerade hier könnten professionelle Begleitung und gezielte Einzelmaßnahmen den Unterschied ausmachen zwischen gut gemeint und gut gemacht.

Die DSTG fordert im Interesse aller Beschäftigten ein Umdenken ein. Nur mit Einsparungen ist auf Dauer keine Finanzverwaltung zu machen. Das Land muss Geld bereit stellen, um die Maßnahmen zur Mitarbeitermotivation und Gesundheitsmanagement zu unterstützen.

## Personalvertretungsrecht / LPVG

An dieser Stelle muss auch ein Wort zur drastischen Verschlechterung des Landespersonalvertretungsgesetzes gesagt werden. Gegen die Stimmen aus der Finanzverwaltung, selbstverständlich gegen den Rat der Gewerkschaften hat die CDU/FDP Landesregierung im Sommer 2007 deutliche Einschnitte bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst durchgesetzt. Keiner unserer Ansprechpartner in den Fraktionen und in der Regierung konnte uns erklären, warum diese Verschlechterungen notwendig waren. In der Finanzverwaltung, so der einstimmige Tenor, habe eine konstruktive Diskussion die Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Verwaltung bestimmt.

Mit der Abstimmung im Landtag kam die Ernüchterung: Die Hardliner in der Regierung hatten sich durchgesetzt, die Beteuerungen einer guten Zusammenarbeit wurden auf dem Altar der Fraktionstreue geopfert.

Auf der Strecke blieben die Interessen der Beschäftigten. Die Folgerungen in den Dienststellen sind heute trotz aller Bemühungen und erfolgsversprechender Ansätze erkennbar. Immer seltener finden Personalvertreter die Zeit für Beratungsgespräche. Immer weniger Zeit bleibt für die Teilnahme an Arbeitsgruppen und regionalem Erfahrungsaustausch. Und – deutlich spürbar zu den PR-Wahlen im Sommer 2008 – immer schwieriger ist es für die DSTG, engagierte Kolleginnen und Kollegen für die schwierigerer gewordene Personalratsarbeit zu gewinnen.

Mit dieser nicht nachvollziehbaren Gesetzesänderung hat die Landesregierung der Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung geschadet. Das Miteinander in den Ämtern, das auch von der Augenhöhe zwischen der Personalvertretung und der Behördenleitung gelebt hat, ist in Gefahr gebracht worden. In einige wenigen Fällen ist es bereits jetzt schwer geschädigt. Hinzu kommt, dass mit den drastisch verminderten Freistellungen die Arbeit vor Ort, aber auch in den Stufenvertretungen beim Finanzministerium und den Oberfinanzdirektionen noch schwieriger geworden ist.

Die DSTG stellt sich gegen diese Entwicklungen. Mit vermehrtem Erfahrungsaustausch und nochmals verbesserter Unterstützung der Personalräte treten wir gegen die rechtliche Schlechterstellung unserer Personalvertreter an. Und gemeinsam mit dem DBB und den anderen Fachgewerkschaften werden wir alles daran setzen, auch das LPVG wieder hin zu einem echten Instrument der Mitbestimmung zu entwickeln.

Auch hier gilt: Wenn NRW ein soziales, mitbestimmungsfreundliches Land sein will, dann geht dies nur mit einer Änderung des LPVGs. Diesmal muss es dann aber eine echte Modernisierung sein, kein Aufguss eines mehr als 30 Jahre alten Bundesgesetzes.

## **Schluss**

Wenn mit diesen Überlegungen, Anregungen und klaren Positionen ein Grundstein zur weiteren Diskussion über die Zukunft der Finanzverwaltung gelegt werden kann, dann ist vieles erreicht.

Weitgehend ausgeblendet wurden heute bisher unsere Verantwortlichkeiten für die Beschäftigten der Finanzgerichtsbarkeit oder dem Bau- und Liegenschaftenbetrieb des Landes NRW. Diese Themen werden wir in kleinerer Runde sicherlich noch anbringen und diskutieren können.

Andere Themen, insbesondere die bundesweiten Entwicklungen, werden sicherlich noch von den weiteren Redner aufgegriffen. Lassen Sie mich aber festhalten, dass die DSTG NRW beim Thema „Bundessteuerverwaltung“ dankbar dafür ist, dass wir mit dem Finanzminister und dem Ministerium gemeinsam für den Erhalt einer Landessteuerverwaltung gekämpft haben. So wie es aussieht, waren wir gemeinsam erfolgreich, wobei ich zugestehe, dass Minister und Verwaltung die deutlicheren Anteile am Erfolg für sich verbuchen können.

Die DSTG NRW wird sich in ihrem engagierten Kurs für die Interessen unserer Beschäftigten auch durch die zukünftigen Herausforderungen nicht beirren lassen. Wir sind dialogbereit und wollen dazu beitragen, dass über das Ziel einer effizienten Verwaltung die Interessen der Beschäftigten nicht in den Hintergrund geraten.

Diese Ziele verfolgen wir auch in Zukunft über eine engagierte Personalratsarbeit, eine jederzeitige Gesprächsbereitschaft und eine klare Meinung. Dabei werden wir im Gespräch mit allen interessierten Kräften in der Politik, der Landesregierung und der Verwaltung deutlich machen, dass eine wirklich starke Finanzverwaltung nur so gut sein kann wie ihre Beschäftigten. Mit uns haben diese Beschäftigten nicht nur eine Stimme, sondern eine gestaltende Kraft, die sich immer wieder einmischt wenn es um den richtigen Kurs in die Zukunft geht.

Jetzt bin ich gespannt auf die nachfolgenden Grußworte und Reden. Ich bitte die Redner, in der ausgedruckten Reihenfolge das Wort zu ergreifen.